

»Unsere Juden«

Der Umgang der beiden deutschen Teilstaaten mit den Konsequenzen aus der Schoah und mit dem Staat Israel könnte kaum unterschiedlicher sein. Eine große Rolle dabei spielten auch die Besatzungsmächte

Von Sabine Kebir

Der offiziellen DDR wird unterstellt, dass sie – anders als die Bundesrepublik – weder die Schoah noch ihre Folgen korrekt bewertet und gehandhabt hätte. Daher ist die Untersuchung des Verhältnisses beider deutscher Staaten zum Judentum und zum israelisch-palästinensischen Konflikt interessant. Unterschiede entsprangen dabei nicht zuletzt auch der Abhängigkeit von den jeweiligen Besatzungsmächten und der sich entwickelnden Blockkonfrontation.

1946 findet sich in der Zeitschrift des »Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands«, *Aufbau*, eine Stellungnahme des Dichters und Leiters des Kulturbundes, Johannes R. Becher, später Kulturminister der DDR, die an Klarheit nichts zu wünschen übrig lässt: »Die systematische Ausrottung unserer jüdischen Mitbürger ist eine beschämende Last, die wir noch tragen werden, wenn der Wind die Asche der verbrecherischen Nazis bereits weggetragen hat.«¹

Unbußfertiges Volk

1947 erklärte Becher in der Wochenzeitung *Sonntag*, die Verbrechen an den Juden seien der Grund dafür, dass es bislang kaum gelungen sei, »jüdische Künstler und Wissenschaftler, die Deutschland noch rechtzeitig haben verlassen (...) können« zur Rückkehr zu bewegen und dazu, »ihre frühere Tätigkeit wieder aufzunehmen.« Die Erinnerung an das, »was ihnen, ihren nahen Angehörigen oder Freunden angetan ist, hat sich zu tief in ihr Gedächtnis eingebrannt«. Es gehe nicht nur um »Maßnahmen eines Schreckensregimes und die Ausschreitungen seiner Anhänger«, sondern gerade auch »um die Stellungnahme der großen Volksmassen und der Gebildeten aller Stände zu diesem Vergehen. Die Passivität, die das deutsche Volk in der jüdischen Frage gezeigt hat, war entscheidend; sie ist nicht nur, wie man dies oft versucht, zu erklären aus der Angst um das eigene Leben oder die wirtschaftliche Existenz, sondern sie stammte aus der Trägheit des Herzens.« Diese Gleichgültigkeit bestehe weiter: »Das auch sonst noch so unbußfertige Volk hat seine Gesinnung in diesem Punkte keineswegs völlig verändert. Jedermann weiß, dass keine spontane Wiedergutmachung zu verzeichnen ist.«² Das Land war 1947 noch nicht geteilt. Becher sprach hier von und zu allen Deutschen.

Wegen des verbliebenen Antisemitismus wurde sich 1947 auch in einem redaktionellen Artikel des *Sonntags* über eine Schändung des jüdischen Friedhofs in der Schönhauser Allee gesorgt. Grabsteine waren umgeworfen und Einfriedungen beschädigt worden. Auch in der Weimarer Republik habe es das gegeben und sei selten bestraft worden. Die deutsche Gesellschaft sei passiv geblieben, »es fehlte an Herz, es fehlte am Sinn für eine Aktion, es war stillschweigende Gleichgültigkeit«. Antisemitismus gebe es auch in anderen Bereichen: »Das Bestreben der übriggebliebenen Juden, wenigstens einen Teil des ihnen geraubten Besitzes zurückzuerhalten, erfährt keine Förderung.« Über das Schicksal der Juden würden oft nur »Krokodilstränen« vergossen. Antisemitische Hetze sei antidemokratisch, wolle die Volksmassen spalten und richte sich letztlich gegen das ganze Volk.³

Für den Teilungsplan

Im Dezember 1947 findet sich im *Sonntag* eine Reportage des Schweizer Journalisten Paul Werner mit dem Titel »Spannungsfeld Palästina«. Ein Foto zeigt junge Menschen mit israelischen Fahnen, die auf einem Auto stehend durch Tel Aviv fahren und den UN-Teilungsplan bejubeln, der ab 1. Mai 1948 per Referendum wirksam werden soll.

Werner schildert die von der Mandatsmacht Großbritannien kaum noch beherrschte Lage. In Jerusalem gebe es »seit bald zwei Jahren drei verschiedene voneinander abgesperrte Zonen«, jeweils eine für Araber, Juden und Engländer. »Und weil man nie wissen kann, ob die Terrororganisation Irgun Zwai Leumi nicht einmal mit Panzern auffährt, dazwischen auch noch Tanksperrern.« Er kenne fast alle europäischen Kriegsschauplätze, aber »niemals traf ich eine derart unsichere, hasserfüllte und vor allem heimtückische Atmosphäre an. Keiner traut dem anderen. Die Juden verfluchen die Araber, die Araber die Juden. Und beide erblicken in Großbritannien den gemeinsamen Feind.« Zwar werfe die Irgun keine Bomben und lege keine Tellerminen mehr, dafür »fangen nun die Araber damit an«. Der Ausnahmezustand sei zum inoffiziellen Krieg geworden.

Ob auch noch der Streit zwischen der »jüdischen Terroristenorganisation und der gemäßigeren Jewish Agency« eskaliere, hinge davon ab, »ob die Araber mit ihrem Heiligen Krieg tatsächlich ernst machen und deshalb schon aus taktischen Gründen eine wenigstens formell gemeinsame Abwehrfront notwendig wird«. Die Irgun sei rechts ausgerichtet, die Jewish Agency eher demokratisch. Auch Geldflüsse fachten die Konkurrenz an. Die Juden Amerikas unterstützten die Irgun, weshalb in den letzten Jahren »in Palästina mit Hilfe von amerikanischen Dollars gegen England Krieg geführt wurde«. Die Jewish Agency halte es mit den Engländern und werde »von links stehenden intellektuellen Juden aus Osteuropa beeinflusst«. Irgun spräche sich durch »ihr aktives Eingreifen das alleinige Verdienst« zu, die Engländer zu vertreiben. Sie lehne eine jüdisch-palästinensische Regierung ab und werfe der Agency Hochverrat vor, »weil sie sich mit dem Teilungsplan einverstanden erklärte, während die Terroristen Anspruch auf einen weitaus größeren Teil des palästinensischen Territoriums erheben«. Das jetzige Chaos sei nicht überraschend: Die Juden Palästinas hätten immer »die Rolle unterschätzt, welche die Araber bei einem Teilungsplan spielen werden«. Noch vor kurzem habe man geglaubt, sie »würden einer Aufteilung stillschweigend zustimmen,

nachdem sie vorher ein wenig protestiert, ein wenig mit der Pistole gespielt und da und dort einen Überfall riskiert hätten«. Die Aufstände der Palästinenser zwischen 1936 und 1939 seien vergessen wie auch die Hilfe, die sie »von der gesamten arabischen Welt erwarten« könnten. Hier sei ein Konflikt entstanden, bei dem sich »die internationalen Spannungen auswirken und entladen«. ⁴

Der Abdruck des Artikels zeigt, dass die Sowjetische Besatzungszone (SBZ) der Linie der Sowjetunion folgte: wohlwollend gegenüber dem Teilungsplan, aber bereits beunruhigt, ob und wie er umgesetzt würde. Werners Bemerkungen zum starken US-Engagement waren nicht aus der Luft gegriffen.

Festzuhalten ist, dass die Medien der SBZ das Recht der Juden auf einen eigenen Staat mehr im Blick hatten als das der Palästinenser. In den Tiefen meines Archivs liegt ein momentan unauffindbarer Artikel aus jener Zeit über den Mufti von Jerusalem, Mohamed Amin Al-Husseini, der den Aufstand von 1936/1939 geleitet hatte und zwischen 1941 und 1945 als Gast der Naziregierung in Deutschland lebte. Husseini wird darin als übler Antisemit und Befürworter der Judenverfolgung dargestellt. Dass während des arabischen Aufstands fast die ganze palästinensische Elite getötet wurde und Husseini als einer der wenigen überlebenden Notabeln durch die Flucht nach Deutschland vor allem seine Haut rettete, blieb ebenso unerwähnt wie das Recht der Palästinenser auf Widerstand.

Viele Emigranten warteten jahrelang auf Rückkehrerlaubnisse der Exilstaaten. Dank großzügiger Angebote der sowjetischen Besatzungsmacht ließen sich schließlich doch jüdische Künstler und Wissenschaftler in der noch jungen DDR nieder. Sie waren meist säkular, oft mit kommunistischer Vergangenheit. Und es war ihnen recht, dass ihre jüdische Identität nicht mehr in den Vordergrund gerückt wurde.

Noch vor der Staatsgründung der DDR 1949 begann die kulturelle Auseinandersetzung mit der Judenvernichtung. Erinnerung sei an Kurt Maetzig's Film »Ehe im Schatten« von 1947. In den westlichen Besatzungszonen entstand damals zu dem Thema kein ähnlich publikumswirksames Kunstwerk.

Viele an der Vernichtung der Juden aktiv Beteiligte mussten in den drei Westzonen zunächst kaum fürchten, zur Verantwortung gezogen zu werden. Bald war auch eine Weiterbeschäftigung im öffentlichen Dienst möglich. Stellvertretend für die Kontinuität der Verwaltungseliten sei an Hans Globke erinnert, der die Nürnberger Gesetze mitverfasst hatte. 1949 wurde er Ministerialdirigent des Kanzleramts in der BRD, das er als einer der engsten Berater Konrad Adenauers bis 1963 leitete.

Antisemitische Klischees

Über Waffenlieferungen aus der Tschechoslowakei hatte die Sowjetunion Israel noch 1948 im Krieg gegen die arabischen Staaten unterstützt. Als Stalin aber Ende 1948 feststellte, dass sich das Land unzweideutig den USA zuwandte, stoppte er brüsk den Enthusiasmus vieler russischer Juden für Israel, verbot die Auswanderung und verstärkte die Repression gegen zionistische Haltungen. Diese Wende wurde auch von den osteuropäischen Staaten verlangt. 1950 begann die Verfolgung von Kontaktpersonen Noel Fields, der

proamerikanischer Spionage angeklagt wurde. In der ČSR lief der Prozess um Rudolf Slánský an. Dabei wurde mit antisemitischen Klischees operiert.

Davon geprägt war auch der 1953 in der Studentenzeitung *Forum* publizierte zweiteilige Artikel von Kurt Gossweiler »Der Zionismus - Zwillingsbruder des Antisemitismus«: »Die Entlarvung der zionistischen Agentur des USA-Imperialismus durch den Slánský-Prozess ist der schwerste Schlag gegen die unterirdische Wühltätigkeit der imperialistischen Agenturen seit der Entlarvung der faschistischen Tito-Clique.« Und: »Filialen des USA-imperialistischen Spionage- und Diversionsnetzes« würden auch in der DDR »den Hebel für den konterrevolutionären Umsturz« vorbereiten. »Die Slánský-Verbrecher konnten ihr Unwesen deshalb so verhältnismäßig lange treiben, weil sie jeden Kritiker als Antisemiten hinstellten und verfolgten.« Zionismus sei »die jüdische nationalistische Antwort auf den Antisemitismus«. Beide »bedingen sich gegenseitig und können einer ohne den anderen nicht existieren« und lenkten die Werktätigen vom wahren Feind, dem Kapitalismus, ab. An die Stelle des Bündnisses von jüdischen und nichtjüdischen Arbeitern setze der Zionismus ein Bündnis zwischen jüdischen Kapitalisten und jüdischen Arbeitern, wogegen schon Lenin und Stalin gekämpft hätten.⁵

Im zweiten Teil behauptete Gossweiler, wo Juden gleichberechtigt leben könnten, entstehe weder jüdischer Nationalismus noch Antisemitismus. Aus der jüdischen Heimstätte sei »ein Instrument des englischen Imperialismus zur Unterdrückung der nationalen Befreiungsbewegung in den Ländern des Nahen Ostens« geworden. Araber und Juden seien gegeneinander gehetzt worden, um eine gemeinsame antibritische Front im Nahen Osten zu verhindern. Dann hätten die Zionisten die Notlage der Juden in Nazideutschland ausgenutzt, um qualifizierte Juden als billige Arbeitskräfte nach Palästina zu holen. »Gleichzeitig organisierten sie die Verdrängung der arabischen Bevölkerung von ihrem Grund und Boden durch Aufkauf des Landes und, wo das am Widerstand der Araber scheiterte, durch gewaltsame Verjagung.« Im Krieg sei der Zionismus von einer englischen zu einer amerikanischen Agentur des Imperialismus geworden. Mit Israels Unterstützung errichteten die USA nun auch Spionagenetze in Osteuropa. Damit machte Gossweiler Juden per se zu Verdächtigen. Am Ende des Pamphlets betonte er immerhin, dass nicht alle Juden Feinde seien. Entscheidend sei die klassenmäßige Herkunft, das Verhältnis zur Heimat, die Mitarbeit am Sozialismus.⁶

Bei der Überprüfung von angeblich spionageverdächtigen »Westremigranten« wurde - neben Willi Kreikemeyer, Leopold Bauer, Bruno Goldhammer, Adolf »Lex« Ende und Maria Weiterer - auch der nichtjüdische, aus Mexiko remigrierte ehemalige KPD-Funktionär Paul Merker zur Zielscheibe der »antizionistischen« Kampagne. 1948, zum zehnten Jahrestag der Pogromnacht, hatte er noch einen Artikel publiziert, »in dem er den Antisemitismus als Hauptprinzip der Naziideologie bezeichnete«.⁷ Das stand im Widerspruch zum offiziellen Diskurs, der Hitlers Antikommunismus in den Vordergrund stellte. Außerdem forderte Merker ein - 1947 ja auch von Becher gefordertes - individuelles Wiedergutmachungskonzept, das vom offiziellen Verständnis des Privateigentums an Produktionsmitteln abwich.⁸ Nur Verfolgten des Naziregimes (VdN) oder in der DDR lebenden Kämpfern gegen das Naziregime wurden Wiedergutmachungsleistungen gewährt. Remigrierte Juden zählten meist zu diesem Kreis. In Deutschland Überlebende erhielten die Zuwendungen

nur, wenn sie Widerstandskämpfer waren. Mit den großen Reparationen an die Sowjetunion und den Gebietsabtretungen an Polen hielt die DDR-Regierung ihre Wiedergutmachungspflicht für abgegolten.

Begrenzte Repression

Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht versuchten, die von Moskau geforderten Repressionen, für die beispielhaft der Slánský-Prozess stehen mag, in dessen Folge es auch zu Todesurteilen kam, zu begrenzen. Betroffen waren vor allem Politiker. Weitgehend verschont wurden Autoren und Wissenschaftler. Nach Stalins Tod kam es zu Rehabilitationen und wohlwollenden Gesten gegenüber den jüdischen Bürgern: Die Synagoge in der Rykestraße im Berliner Stadtbezirk Prenzlauer Berg wurde restauriert, in der KZ-Gedenkstätte Buchenwald bei Weimar wurde eine Tafel angebracht, die an die Ermordung der Juden erinnerte.

Sorge vor Verfolgung und die schroffe Haltung der DDR gegenüber Israel veranlasste indes viele Juden, in die Bundesrepublik zu wechseln. Es blieb nur, wer am sozialistischen Ziel festhielt und für den die BRD wegen der faschistischen Kontinuität der Verwaltungseliten keine Alternative darstellte.

Schon vor der Gründung der BRD hatten die Besatzungsmächte individuelle Wiedergutmachung für überlebende Juden angeordnet. Das blieb jedoch ein schwer einklagbares Recht – im Unterschied zu Renten, die Nazibeamten gewährt wurden. Für die BRD stellte sich aber auch die Frage staatlicher Wiedergutmachung an Israel. 1952 schloss der westdeutsche Staat ein erstes Reparationsabkommen mit Israel ab über Ausrüstungen für Fabriken, Produkte für den Maschinenbau, die Schifffahrt und – zunächst geheim – auch Waffen. Für das noch agrarische Land, das ständig Neuankömmlinge versorgen musste, war das existentiell, für die BRD ein wichtiger Schritt für die Aufnahme in die westliche Gemeinschaft. Angesichts des sogenannten Wirtschaftswunders waren die Zuwendungen leicht verkraftbar. Zu Adenauers Regierungszeit waren dennoch nur fünf Prozent der Westdeutschen mit der Politik der Wiedergutmachung einverstanden.⁹

Als Architekt der Annäherung an Israel leistete sich der Bundeskanzler hinter den Kulissen Äußerungen, die heute als antisemitisch gelten würden. Laut einer Notiz aus dem Nachlass Herbert Wehners, lastete er 1954 das Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft dem jüdischen Wesen des französischen Regierungschefs an: »Mendès France ist ein Spieler ohne feste Konzeption. Sehen Sie mal: Mendès France ist doch Jude. Wir haben Erfahrungen mit unseren deutschen Juden. Die haben alle einen nationalen Minderwertigkeitskomplex, den sie überkompensieren, durch übersteigerten Nationalismus. Mendès France will, wenn auf Kosten Europas und der Verteidigung Deutschland niedergehalten wird, in Frankreich als guter Patriot gelten.« Adenauer war aber nie Gegner Israels. Schon in den 1920er Jahren hatte er sich prozionistisch geäußert.¹⁰

Die Suezkrise ist nicht nur für das Verständnis des Konflikts zwischen Israel und der arabischen Welt wichtig, sondern auch für die damaligen Positionen beider deutscher Staaten. Der Suezkanal, der zu 60 Prozent französischen und zu 40 Prozent britischen Konsortien gehörte, wurde 1956 von Ägypten

nationalisiert. Unterstützt wurde das von der Sowjetunion. Während Briten und Franzosen Luftangriffe auf Ägypten flogen, stieß die israelische Armee über den Gazastreifen auf den Sinai vor. Die USA billigten das nicht, zumal die Sowjetunion drohte, in den Konflikt einzugreifen. US-Präsident Dwight D. Eisenhower verhängte sogar Sanktionen gegen Israel, worauf es mit Ägypten Frieden schloss. Auf Druck der USA und der UNO gaben England und Frankreich den Suezkanal schließlich auf. Adenauer hatte die Sanktionierung abgelehnt.

Israels »abenteuerliche Politik«

Die DDR sah in der Verstaatlichung des Suezkanals die Vollendung der kolonialen Befreiung Ägyptens. Und Israel galt durch das Zusammenwirken mit den alten Kolonialmächten einmal mehr als Teil des imperialistischen Systems. Ägypten unterhielt bereits seit 1954 eine Handelsvertretung in der DDR. Die diplomatische Anerkennung folgte allerdings erst 1969. Indem Ägypten damit drohte, wollte es die Anerkennung Israels durch die BRD verhindern.

1960 kam es zum ersten Treffen Adenauers mit David Ben Gurion in New York, worauf Israel einen großen Kredit erhielt, »von dem vermutet wird, dass durch ihn das israelische Nuklearwaffenprogramm mitfinanziert wurde«. ¹¹ Adenauers Vereinbarungen mit Israel und der Jewish Claims Conference waren für beide Regierungen extrem wichtig.

Eine Voraussetzung für die von Israels Regierung lange gewünschte Normalisierung war der erste Frankfurter Auschwitzprozess 1963–1965. Nicht sehr diplomatisch war dagegen, dass die BRD den ehemaligen Wehrmachtsoffizier Rolf Friedemann Pauls, der an der Ostfront mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnet worden war, 1965 als Botschafter nach Tel Aviv schickte.

1966 reiste Adenauer nach Israel. Es kam zu einem Eklat wegen der Tischrede des israelischen Ministerpräsidenten, der sagte: »Die Wiedergutmachung stellt nur eine symbolische Rückerstattung des blutigen Raubes dar. Es gibt keine Sühne für die Greuel.« Das fand Adenauer unzumutbar, er konnte nur schwer von der Abreise abgehalten werden. ¹² Dass es zuvor am 12. Mai 1965 zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der BRD und Israel gekommen war, war sicher auch durch den Staatsbesuch Walter Ulbrichts in Ägypten ausgelöst worden, der kurz zuvor stattgefunden hatte.

Über den Sechstagekrieg von 1967 berichtete das westdeutsche Fernsehen quasi live den gesamten Tag über – was damals ungewöhnlich war. Die Presse der DDR legte sich schon im spannungsgeladenen Vorfeld auf Israel als Aggressor und die arabischen Staaten als Opfer fest. Von prominenten jüdischen Intellektuellen wurde eine diesbezügliche Stellungnahme verlangt. Aber dem kam nur ein Teil nach. Manche empfanden die einseitige Parteinahme für die arabischen Staaten, von denen es hieß, dass sie die Juden »ins Meer werfen« wollten ¹³, als Existenzbedrohung für den jungen Staat, von dem sie sich nicht lossagen wollten.

Gerhart Eisler, jüdischer Abstammung und Vorsitzender des Staatlichen Rundfunkkomitees, versicherte in der *Jungen Welt*, dass die offizielle Haltung

kein Antisemitismus sei, sondern sich »gegen die herrschenden Kreise Israels und ihre abenteuerliche Politik« richte, nicht aber »gegen das Volk Israels, das in seiner großen Mehrheit aus Arbeitern besteht«. ¹⁴ Der Chefdelegierte der UdSSR im UN-Sicherheitsrat, Nikolai Fedorenko, hatte behauptet, dass »die jetzige Aggression Israels faschistischen Charakter« habe. Dem folgte der ZK-Sekretär für Agitation, Albert Norden, der ebenfalls Jude war, als er am 9. Juni 1967 seinen Abteilungsleiter Werner Lamberz anwies, für die Öffentlichkeitsarbeit »alle mündlichen und schriftlichen Zeugnisse« zu erbringen, die zeigen, »wie die israelischen Imperialisten Hitlers völkerrechtswidrige Taktiken und Überfallsmethoden imitieren«. ¹⁵

Die Akte über Stephan Hermlin beim Ministerium für Staatssicherheit offenbart, dass dieser angesichts solcher Grobschlächtigkeit in den Medien »die Rückkehr des Verdrängten«, das heißt, die Rückkehr des Antisemitismus, befürchtete. Die vom *Neuen Deutschland* erbetene Erklärung zur »Aggression Israels gegen die arabischen Staaten« unterschrieb er nicht, ebenso wie Anna Seghers, Stefan Heym, Arnold Zweig und etliche andere.

Die oft von wenig qualifizierten Zuträgern gefüllten Akten der Staatssicherheit offenbaren einiges über in der Bevölkerung lebendig gebliebene antisemitische Klischees. Über Hermlin hieß es: »Kurz gesagt, er ist Jude« und sei »von Natur aus misstrauisch«. Über Seghers ist vermerkt, sie habe nach ihrer Rückkehr aus dem Exil »Reserven gegenüber der deutschen Parteiführung gezeigt«, deren Grund sei, »dass sie Jüdin ist«.

Dennoch und auch wegen der Residuen des Stalinismus hielten es die meisten in der DDR gebliebenen jüdischen Intellektuellen weiter mit Isaac Deutscher, dass man »trotz Stalin die Idee des Sozialismus bewahren müsse, denn sie sei die Hoffnung der Menschheit«. ¹⁶

Unterstützung der PLO

Obwohl Formulierungen von Politikern und Medien in der DDR manchmal traditionellen antijüdischen Klischees folgten, bedeutete die Ablehnung der Rolle Israels im Nahen Osten keinen staatlich geförderten Antisemitismus. Dagegen ließen sich viele Werke aller Kunstsparten anführen, die den Antisemitismus grundsätzlich verurteilten. Besuche der Schulklassen in KZ-Gedenkstätten waren obligatorisch. Es gab Informationen über die Schoah, aber kaum über das Leben in Israel. Eine Ausnahme ist der 1980 erschienene Reportageband »Reisen ins Gelobte Land« von Walter Kaufmann.

Auch dass die DDR seit 1970 die Palestine Liberation Organization (PLO) nicht nur politisch, sondern auch mit Waffen unterstützte, war kein Ausdruck von Antisemitismus und stand eher in Übereinstimmung mit den Resolutionen der UNO zum Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern als die Waffenlieferungen der BRD an Israel. Die PLO galt in der UNO nicht als Terror-, sondern als Befreiungsorganisation.

Anmerkungen

1 Zit. n. Sonia Combe: Loyal um jeden Preis. »Linientreue Dissidenten« im Sozialismus. Berlin 2022, S. 63 f.

2 Johannes R. Becher: Um die jüdischen Kulturträger, *Sonntag*, 16.2.1947

3 Antisemitische Strömung, *Sonntag*, 24.8.1947

4 Paul Werner: Spannungsfeld Palästina, *Sonntag*, 14.12.1947

5 Kurt Gossweiler: Der Zionismus - Zwillingsbruder des Antisemitismus, Teil 1, *Forum*, 11.4.1953

6 Kurt Gossweiler: Der Zionismus - Zwillingsbruder des Antisemitismus, Teil 2, *Forum*, 18.4.1953

7 Combe: Loyal um jeden Preis (Anm. 1), S. 97 u. 166

8 Merker wurde wegen seiner Forderung nach Rückgabe jüdischen Eigentums vorgeworfen, den Einfluss kapitalistischen Kapitals in der DDR zu ermöglichen. Vgl. Angelika Timm: Hammer, Zirkel, Davidstern. Das gestörte Verhältnis der DDR zu Zionismus und Staat Israel. Bonn 1977, S. 117

9 Daniel Marwecki im Interview mit der *Zeit*, 11.4.2024. Siehe dazu auch: Daniel Marwecki: Absolution? Israel und die deutsche Staatsräson. Göttingen 2024

10 Christoph Marx: »Die Macht der Juden soll man nicht unterschätzen.«
<https://www.marx-bloggt.de/tag/nachkriegsgeschichte/>

11 Ebd.

12 Ebd.

13 Im Interview mit *Le Monde* vom 25. Februar 1970 stritt Ägyptens Präsident Gamal Abdel Nasser den Ausspruch ab. 1967 sei es nicht um Israels Vernichtung gegangen. Ägypten könne mit Israel Frieden schließen, wenn es das Rückkehrrecht bzw. die Entschädigung der vertriebenen Palästinenser anerkenne. Nun gehe es allerdings auch um die Rückgabe besetzter Gebiete.

14 Gerhart Eisler: Gegen wen ist unser Protest gerichtet? *Junge Welt*, 9.6.1967. Zit. n.: Oren Osterer: Das Israelbild in Tageszeitungen der DDR. Dissertation. München 2014, S. 107, https://edoc.ub.uni-muenchen.de/16472/1/Osterer_Oren.pdf

15 Albert Norden an Werner Lamberz, 9.6.1967. Zit. n. ebd., S. 113

16 Zit. n. Combe (Anm. 1), S. 180 f., S. 213, S. 136, S. 127 u. S. 41

Sabine Kebir schrieb an dieser Stelle zuletzt am 29. Dezember 2025 über die tschechische Publizistin Milena Jesenská: [»Die große Enttäuschung«](#)

<https://www.jungewelt.de/artikel/517008.antisemitismus-unsere-juden.html>